

ZEITUNG IN DER ZEITUNG

Eine Seite zur Politik vom SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller

Ausgabe 53 / Oktober 2010



DER JUGEND EINE STIMME GEBEN

DISKUSSIONSRUNDE
FREITAG, 29.10.2010

17.00 UHR

KUBA

EGESTORFER STRASSE 3
BARSINGHAUSEN

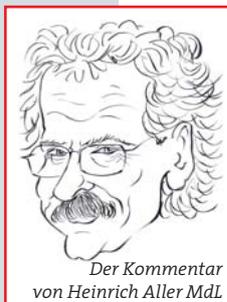
ZUKUNFTSGESPRÄCHE
EINE INITIATIVE VON HEINRICH ALLER MDL

Liebe Leserinnen und Leser,

erst im September 2011 sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Wichtige Weichen werden aber noch in diesem Jahr gestellt. Möglichst unter Ausschluss der Öffentlichkeit wollte die CDU/FDP-Landesregierung in einem dicken Änderungspaket gleich vier Gesetze in einer „Kommunalverfassung“ zusammenfassen. Was mit Begriffen mehr „Ehrenamtlichkeit wagen“ und „Gesetzesvereinfachung“ medienwirksam vermittelt werden sollte, enthält im kleingedruckten Beipackzettel massive Eingriffe in die Kommunalpolitik „vor Ort“. Aufgeschreckt durch den massiven Widerstand der Opposition und der Kommunalen Spitzenverbände rudern Landesregierung, CDU und FDP jetzt teilweise zurück. Doch es bleibt dabei. Das neue Gesetz soll noch rechtzeitig zur Kommunalwahl durchgepaukt werden.

Einige Änderungen tragen deutlich die Handschrift der FDP. Bestimmungen im Kommunalwahlrecht werden maßgeschneidert, um der auf kommunaler Ebene traditionell schwach-

Fortsetzung auf Seite 2



Der Kommentar
von Heinrich Aller MdL

Merkel und McAllister ohne Mehrheiten – Regierungspolitik in der Legitimationskrise

Stimmungen sind keine Stimmen. Meinungsumfragen sind keine Wahlergebnisse. Das sind Binsenweisheiten. Tatsache ist jedoch, dass – wenn heute gewählt würde – weder Bundeskanzlerin Angela Merkel weiter Kanzlerin, noch David McAllister weiter Ministerpräsident wären. Dabei sind beide mit ihren schwarz-gelben Koalitionen mit klaren Mehrheiten in die Regierungsverantwortung gewählt worden. McAllister muss zugutegehalten werden, dass er erst 100 Tage im Amt ist. Viel

Verantwortung für die Politik in Niedersachsen hat er aber schon zu Zeiten seines Vorgängers Christian Wulff getragen. Immerhin war er viele Jahre CDU-Parteivorsitzender, Vorsitzender

der Landtagsfraktion, „Ziehkind“ und designierter Nachfolger für den Fall, dass Christian Wulff weggehen würde - wohin auch immer. Nun ist Wulff weg und McAllister ist da. Wulff ist Bundespräsident und darf nur noch repräsentieren, aber nicht mehr regieren. McAllister kann nicht mehr wie gewohnt attackieren, sondern muss regieren.

Neue Konstellationen

Die neue Konstellation ist aus niedersächsischer Sicht gewöhnungsbedürftig. Spätestens aber auf den

Fortsetzung auf Seite 2

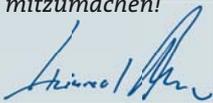
Kontakt: Abgeordnetenbüro im Kurt-Schumacher-Haus | Odeonstraße 15/16 | 30159 Hannover
Telefon: 0511-1674-242 | Fax: 0511-2155837 | E-Mail:
info@heinrich-aller.de | www.heinrich-aller.de

Fortsetzung von Seite 1

brüstigen FDP bessere Wahlchancen einzuräumen. Die Pläne für ein neues kommunales Wirtschaftsrecht haben sich nicht nur für Fachleute wie eine Attacke auf bewährte Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge gelesen. Die Texte wurden unter dem Druck von SPD, Grünen und Linke, Verbänden und auch Teilen der CDU „entschärft“. Der Ungeist der „Privatisierung als liberales Prinzip“ schwingt jedoch auch in der Neufassung weiter mit. Die kommunale öffentliche Daseinsvorsorge hat sich aber gerade in der Region Hannover bewährt.

Doch - ob Abschaffung der Stichwahl oder Verlängerung der Amtszeiten bzw. Wählbarkeit von Bürgermeistern und Landräten über das 65 Lebensjahr hinaus, die Eingriffe in die Wahlbereichszuschnitte auf kommunaler Ebene oder Neuregelung der Zuständigkeiten von Gremien in Stadt, Kreis oder Region – Ablehnungsgründe für die neue Kommunalverfassung gibt es genug.

Leider zeigt sich auch bei dieser Gesetzesinitiative: Landesregierung und die Regierungskoalition im Landtag setzen erneut auf „Schnelligkeit vor Gründlichkeit“ und „Gut ist, was FDP und CDU nutzt!“. - Viele gestandene Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden erst nach der Kommunalwahl 2011 zur Kenntnis nehmen, was vor der Wahl im Jahr 2010 durchgeboxt worden ist. Schade eigentlich! Sie sind herzlich eingeladen, bei der Kommunalwahl mitzumachen!



Ihr Heinrich Aller MdL

Ihr Anliegen in der ZIDZ? Wir berichten gern!

Ihnen liegt ein Thema auf dem Herzen? Sie möchten gern mehr Informationen zu einer Angelegenheit, die sie besonders betrifft? Die ZIDZ steht Ihnen Rede und Antwort. Wir freuen uns über Themenvorschläge: info@heinrich-aller.de

Fortsetzung von Seite 1

zweiten Blick wird den kritischen Beobachtern jedoch klar, dass sich die politischen Kräfteverhältnisse gleich mehrfach verschoben haben. Nach dem Blitzstart von Schwarz-Gelb mit Merkel und Westerwelle folgte ein langanhaltender Donner. Nach der Neubesetzung im Schloss Bellevue und dem damit verbundenen Rollentausch in Niedersachsen ist die Zustimmung für CDU und FDP auf Tiefpunkt. Nur noch 37 Prozent der Wählerinnen und Wähler (CDU 32 %, FDP 5 %) stehen hinter der schwarzgelben Regierungspolitik. Rot-Grün käme auf 47 Prozent (SPD 27 %, Grüne 20 %). Rechnet man die Linke noch zur Wählerschaft links von Union und Liberalen wäre das Verhältnis 58% kontra und nur 37% pro Bundesregierung.

Dieses Stimmenverhältnis hat sich in den letzten Wochen stabilisiert. Über die Gründe wird in den Parteizentralen und in den Medien viel spekuliert. Dabei zeigt ein Blick auf die politische Agenda, dass der Wechsel der politischen Präferenzen seinen Ursprung vor allem in der Schwäche von CDU und FDP in den zentralen Sachfragen hat.

Fazit: Regierungsversagen

Mit keinem der zentralen Themen konnte Merkel wirklich „punkten“. In den Politikfeldern Steuerpolitik, Gesundheitspolitik, Atompolitik, Hartz IV-Reform, Zügelung der Finanzmärkte – was immer sie angefasst hat: Merkel steht quer zur großen Mehrheit der Menschen. Nicht nur die Positionen der Christparteien, sondern auch das Politikmanagement von Union und Liberalen treiben die Menschen auf die Straße. Stuttgart 21, Anti-Atom-Demo in Berlin oder am 6. November bei der großen Demonstration der Gewerkschaften in Hannover stimmen Hunderttausende mit den Füßen für einen Politikwechsel ab.

In Nordrhein-Westfalen regiert wieder Rot-Grün, in Lingen verliert die CDU eine Hochburg in Nieder-

sachsen. Im Niedersächsischen Landtag weht der Wind der umgeformten Landesregierung unter David McAllister ins Gesicht. Putenmast und Grotelüschen, Gorleben und Sander, Kommunalreform und Schünemann, Schuldenhaushalt und Möllring – aber auch die noch von Wulff als neue Lichtgestalt angekündigte Aygül Özkan im Sozialministerium haben den Neustart gründlich in den Sand gesetzt. Es ist diese Parallelität von Bundes- und Landespolitik, die CDU und FDP mit Blick auf die Kommunalwahl so nervös macht. Dies alles ist jedoch kein Grund für SPD, Grüne oder Linke übermütig zu werden.

Schritt für Schritt: SPD kommt voran

Dennoch ist die Kommunalwahl 2010 eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Regierungswechsel in Niedersachsen 2013. Die Beratung und die Beschlüsse zum Landeshaushalt 2011 und die Mittelfristige Finanzplanung in den nächsten Monaten sind der „Lackmustest“ für die Politik der Regierung und den Alternativen der Opposition. Die SPD wird den fantasielosen Weg einer Rotstiftpolitik ohne Konzept nicht mitgehen.

Sie stellt sich den Herausforderungen einer klugen Konsolidierungspolitik, die trotz Schuldenbremse die Handlungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Landes nicht infrage stellt. Konsolidierung darf nicht nur auf der Ausgabeseite stattfinden. Solide Einnahmen und ein faires Steuerrecht sind dafür die Voraussetzungen. Nur so kann auch erreicht werden, dass die Kommunen künftig die vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherstellen können. Das wissen auch die Wählerinnen und Wähler seit der Finanzkrise.

Die Niedersachsen-SPD wird ihre Eckdaten zum Landeshaushalt 2011 konkretisieren. Der Landesregierung muss ein tragfähiges Konzept entgegengestellt werden. Wir werden das machen! ■

Mehr auf: www.heinrich-aller.de